

Zeitschrift: Jahresbericht des Bündnerischen Lehrervereins
Herausgeber: Bündnerischer Lehrerverein
Band: 54 (1936)

Artikel: Protokoll der ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Bündnerischen Lehrervereins : vom 4. April 1936 in Chur
Autor: Schmid, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-146989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protokoll

der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bündnerischen Lehrervereins vom 4. April 1936 in Chur

Am 4. April, nachmittags 13.05 Uhr, traten die Vertreter der Kreislehrerkonferenzen in Chur zu einer außerordentlichen Delegiertenversammlung zusammen. Auch der Herr Erziehungschef, Regierungsrat Dr. A. Nadig, und die Ehrenmitglieder hatten sich eingefunden. Es galt Stellung zu nehmen zu dem von der Regierung vorgesehenen Abbau an den Gehältern der Bündner Volksschullehrer.

Eingangs orientierte der Präsident, Seminardirektor Dr. M. Schmid, über die geplanten Maßnahmen. Laut «Bericht des Kleinen Rates an den Großen Rat über Finanzmaßnahmen» vom 7. März 1936 (Seite 8) ist ein durchschnittlicher siebenprozentiger Abbau an den Lehrergehältern vorgesehen; das sind Fr. 100.— pro Lehrstelle. Für den Kanton betrüge die Einsparung Fr. 70,000.— Der erwähnte Bericht fährt dann weiter:

«Noch nicht abgeklärt ist die Frage, ob der Abbau für jede Lehrstelle einheitlich erfolgen soll, oder ob auch hier eine Differenzierung zwischen Ledigen und Verheirateten platzzugreifen hat. Besonderer Untersuchung bedarf auch die Frage, ob und wie die Gemeinden ihre Gemeindeleistung ermäßigen dürfen. Die finanzielle Lage vieler Gemeinden ist tatsächlich eine derart prekäre geworden, daß eine solche Ermäßigung nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann. Es wäre auch zu prüfen, ob die Beiträge des Kantons an die Gemeinden nach deren finanzieller Leistungsfähigkeit abzustufen seien. Es wird aber außerordentlich schwierig sein und eingehender Verhandlungen bedürfen, um bis zur Maisession eine billigen Anforderungen entsprechende Vorlage unterbreiten zu können. Dabei ist in Erwägung zu ziehen, daß eine absolute Gleichbehandlung für Lehrer an Jahres- und an Halbjahresschulen nicht ohne weiteres ins Auge gefaßt werden sollte. Wer an einer Ganzjahresschule mit höherem Gehalt tätig ist, sollte, wenn ein Abbau nicht zu vermeiden ist, höhere Abzüge tragen können als der Lehrer, der nur eine Halbjahresstelle versieht.

Wir glauben, bei gründlicher Überprüfung dieser Gesichtspunkte eine Lösung vorschlagen zu können, die dem Kanton eine gerechte Verteilung des Abbaubetrages ermöglicht und die auch den Gemeinden gewisse Erleichterungen bringen kann.»

Nach gründlichen Besprechungen glaubte der Vorstand, den geplanten Abbau ablehnen zu müssen. Die darauf an das Erziehungsdepartement erfolgte Eingabe wurde der Delegiertenversammlung zur Kenntnis gebracht. Sie lautet:

Chur, den 19. März 1936.

An das Erziehungsdepartement des Kantons Graubünden,

Chur.

Sehr geehrter Herr Erziehungschef!

Wir bitten Sie, unsern Standpunkt in der Frage Lohnabbau für die bündnerischen Volksschullehrer überprüfen und unsere entschiedene Ablehnung dieser Maßnahme würdigen zu wollen.

Bei allem Verständnis für die schwierige Lage des Kantons und die verantwortungsvolle Stellung der hohen Regierung glauben wir unsere Überlegungen, unsere Überzeugung, unser entschiedenes Nein nicht unterdrücken zu dürfen. Kein Einsichtiger wird die Lehrerbesoldungen, wie sie in Graubünden gesetzlich sind, als zu hoch bezeichnen. Er wird vielmehr bei einiger Prüfung sie gegenüber Besoldungen anderer Kantone als recht bescheiden bezeichnen müssen. Sie sind bescheiden:

in Hinsicht auf die recht strenge Arbeit, welche die überwiegende Zahl unserer Bündnerschulen dem Lehrer stellt,
bescheiden in Hinsicht auf die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bündnerjugend hat,
bescheiden in Hinsicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage,
bescheiden vor allem, wenn man die kurze Verdienstzeit bedenkt, haben doch zwei Drittel aller Bündnerlehrer nur Winters Schule.

Diese bescheidenen Gehälter sind die Frucht reicher Arbeit und entschiedener Lohnkämpfe der letzten 50 Jahre; sie sind eine einigermaßen angemessene Entschädigung des seiner Bedeutung und Verpflichtung bewußten Lehrerstandes, eines Lehrerstandes, dessen treue Arbeit vor zwei Jahren anlässlich des 50jährigen Jubiläums des BLV beredte Anerkennung gefunden hat.

Die vorliegende Vorlage zum Abbau betrachten wir mit großer Sorge als Beginn einer Rückwärtsbewegung, die recht folgens schwer werden kann. Man spart im Erziehungswesen im allgemeinen; man beginnt am Lehrer einzusparen. Die Einsparungen am Lehrer werden draußen auf den Gemeinden fortgesetzt werden. Man wird dort auch «anpassen», wie das gefährliche Wort heißt. Gewiß kann man diese Gemeindesparmaßnahmen und «Gehaltsanpassungen» gesetzlich begrenzen. Was man aber nicht aufhalten kann, ist die wachsende Erschütterung in Glaube, Einsicht und Überzeugung des Volkes, daß Schulung und Bildung der Jugend die vornehmste Aufgabe einer zukunftsgläubigen Generation sind

Wir wissen zudem, daß schon heute unter Bündnerlehrern Not herrscht; wir wissen, daß Abbau an den bescheidenen Gehältern Enttäuschung und die von uns genannten Befürchtungen hervorrufen wird. Folgen davon sind unter den Lehrern sinkende Arbeitsfreude und Arbeitskraft, ohne die der Lehrer ein Stundenknecht ohne Einfluß und erzieherisches Beispiel ist. Schatten über der Schule sind Schatten über dem Volke von morgen.

Wir weisen lediglich darauf hin, daß wenige Bündnerlehrer Bauernlehrer sind. Sehr viele, die früher im Hotelfach Beschäftigung gefunden haben, finden heute Sommers keine Arbeit. Sie sind als Heuer tätig oder suchen gar an Arbeitsstellen Beschäftigung, die dem Stand wenig Ehre und der winterlichen Schularbeit keine Förderung bringt.

Die Bündnerlehrer sind je und je bereit gewesen, Opfer zu bringen. Sie haben je und je für ihre Kollegen, für Lehrerwitwen und Lehrerwaisen gesammelt. Sie haben eine Unterstützungskasse gegründet, die sie betreuen und speisen; sie haben beim 50jährigen Vereinsjubiläum der Standeskasse über 8000 Franken abgeliefert zur Unterstützung von Kindern Arbeitsloser. Sie haben in allen Fragen und Schwierigkeiten der Versicherungskasse Verständnis, Entgegenkommen und Opferbereitschaft bewiesen.

Was aber heute vorgeschlagen wird, ist ein weitgehender und, wie wir befürchten, folgenschwerer Abbau. Er wird im günstigsten Falle Fr. 130,000.— betragen. Diese Summe erscheint um so größer, als es gelungen ist, den Abbau an den eidg. Schulsubventionen zu mildern. Sie wissen, daß sich gerade die Bündnerlehrerschaft für diese Milderung ins Werk gesetzt hat. Für den Kanton Graubünden beträgt nach unserer Schätzung der Ausfall an eidg. Schulsubvention etwa Fr. 23,000.—. Gleichzeitig soll ein kantonaler Lehrerlohnabbau von mindestens Fr. 130,000.— erfolgen, denn es ist klar, daß die Gemeinden mindestens das Verhältnis des kantonalen Abbaues einhalten werden.

Diese unsere zwar recht summarischen Ausführungen wollten wir an Sie, sehr geehrter Herr Erziehungschef, richten, bevor die Delegiertenversammlung entschieden hat. Daß scheint uns Pflicht und Aufgabe, wiewohl die Delegiertenversammlung das entscheidende Wort hat.

Wir bitten Sie um wohlwollende Prüfung unseres Standpunktes und um tatkräftige Unterstützung in einer Sache, die u. E. nicht nur eine Frage des Lehrerstandes, sondern eine Frage des bündnerischen Schulwesens ist.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Erziehungschef, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Vorstand: *Der Präsident.*

Der Präsident erklärt ausdrücklich, daß die Delegiertenversammlung durch diesen Schritt des Vorstandes in keiner Weise gebunden sei.

Die nachfolgende Diskussion, die reichlich benutzt und ruhig und entschlossen geführt wurde, unterstrich und ergänzte die Ausführungen des Vorstandes an das Erziehungsdepartement. Es wurden folgende Feststellungen hervorgehoben:

Das Gehaltsminimum der Bündnerlehrer beträgt, je nach Dienstalter, Fr. 2400.— bis 2800.—. Man darf nicht einfach dieses Halbjahresgehalt verdoppeln und daraus ein Jahreseinkommen berechnen. Recht wenige finden heute entsprechenden Verdienst für den Sommer. Wenn der Grundsatz besteht, bei Funktionären des Kantons bis zu Fr. 3000.— Einkommen keinen Abbau eintreten zu lassen, müssen die Lehrergehälter ungeschmälert bleiben. Manche Lehrer haben ihren Wirkungsort auswärts, wo sie Kost und Logis bezahlen müssen, während die Familie daheim wohnt, was eine sehr teure Lebenshaltung ergibt. Andere haben Eltern zu unterstützen oder die Kosten der Ausbildung (Fr. 6000.— bis 8000.—) abzuzahlen. Im Gemeindebudget spielt der Betrag von Fr. 100.— keine Rolle; den Lehrer trifft er empfindlich.

Einstimmig wurde von der Delegiertenversammlung der Antrag angenommen, den Gehaltsabbau entschieden abzulehnen.

Keinen Anklang fand die Anregung, gegen den Abbau im allgemeinen zu demonstrieren, weil man sich davon wenig versprach. Auch der Antrag, die Frage durch eine außerordentliche kantonale Lehrerkonferenz behandeln zu lassen, vereinigte nicht genügende Stimmenzahl auf sich. Die Mehrzahl der Versammlung wünscht, daß sich der Vorstand in einer Eingabe, welche die Ausführungen der Delegierten verarbeitet, an Regierung und Großen Rat wende. Sie ist überzeugt, daß sich die verantwortlichen Stellen dem sehr begründeten Begehren der Lehrerschaft nicht verschließen werden und bringt vor allem auch dem Herrn Erziehungschef das Vertrauen entgegen, daß er für die Lehrer eintrete. Im übrigen hat der Vorstand Vollmacht, die ihm gutscheinenden Schritte zu tun. —

Die Konferenz Davos-Klosters reichte am 29. März a. c. den Antrag ein, der BLV solle, da der jetzige Präsident zurücktrete, eine gründliche Revision vornehmen. Es sei eine vollbezahlte Kraft (Fr. 8000.— Jahresgehalt) im Hauptamt einzustellen.

Da aber Vorstand und Konferenzen den Antrag noch beraten müssen, konnte er von der Delegiertenversammlung nicht behandelt werden.

Der Präsident wendet sich scharf gegen eine Stelle in einer mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden Presseberichterstattung. Danach könnte die Auffassung aufkommen, die bis-

herigen Verwaltungsspesen des BLV seien recht hoch gewesen. Der Auszug aus der Verwaltungsrechnung der letzten 14 Jahre zeigt aber, daß der jetzige Vorstand wie der frühere sehr billig gearbeitet hat (Honorar des Gesamtvorstandes jährlich Fr. 177.90). Im übrigen soll der Vorschlag der Davoser Lehrer gründlich und objektiv behandelt werden. —

Nach 4 Uhr konnte der Vorsitzende die flott verlaufene Sitzung schließen.

Chur, 18. April 1936.

Der Berichterstatter i. A.: *M. Schmid*.

Konferenztätigkeit während des Schuljahres 1935/36

A. Kreiskonferenzen

Bergell:

1. La famiglia dei Medici. Relatore: P. Pomati.
2. Film sulla ginnastica odierna con relazioni di P. Pomati.

Bernina:

1. Il problema del componimento.
2. L'educazione estetica. — Conferenze del Prof. Credaro, Direttore della Normale di Sondrio.

Chur:

1. Bericht zur Neuauflage des 6. Lesebuches und des Realienbuches.
Referat: Jugendwandern. Referent: J. Hermann und A. Erni.
Der erweiterte freiwillige Turnunterricht. Referent: J. Hermann.

Churwalden:

1. Reiseeindrücke aus Aegypten. Referent: Pfr. Zindel, Churwalden.
2. Reiseeindrücke aus Palästina. Referent: Pfr. Zindel, Churwalden.
3. Die Schweiz als Nationalitätenstaat. Referent: Prof. Dr. Meyer.
4. Probleme im Muttersprachunterricht. Referent: Schulinsp. Martin.